

Koalition mit Peitsche ohne Zuckerbrot gegen die Universitäten

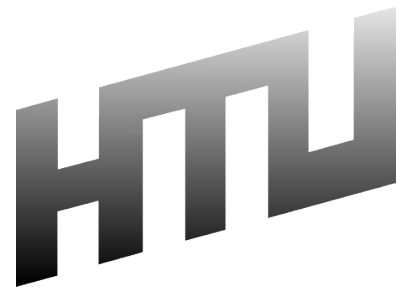
Die Vorhaben auf die sich ÖVP und SPÖ geeinigt haben und für deren Umsetzung vermutlich Johannes Hahn (VP) sorgen wird, sind von Ökonomisierung, Elite und Zugangsbeschränkungen geprägt. So vage das Koalitionspapier auch formuliert ist, eine Verbesserung für die Universitäten ist nicht in Sicht. „Anscheinend soll der alte Crashkurs der vorigen Regierung eins zu eins fortgesetzt werden“, meint Lukas Hille, Vorsitzender der HochschulInnenenschaft an der TU Wien. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die Gesprächsbereitschaft des Ministeriums verbessern wird.“

Im Koalitionsabkommen bezeichnen die beiden Parteien Wissenschaft und Forschung zwar als „Schlüsselaufgabe für Gesellschaft und Staat“, auf der anderen Seite jedoch wird die dringend nötige Hebung der staatlichen Investitionen in die Hochschulbildung auf 2% des Bruttoinlandsproduktes nur als langfristiges „Bekenntnis zum Ziel“ abgetan. Gleichzeitig sollen die Universitäten in ihren Leistungsvereinbarungen mit dem Staat – die das zugewiesene Budget regeln – finanziell noch mehr gezeißelt werden.

Unverständlich ist die ins Unendliche verschobene Umsetzung des 2%-des-BIP-Finanzierung auch angesichts der vorgesehenen und zeitlich vorgezogenen Erhöhung der Studienplatzfinanzierung der Fachhochschulen. Während diese von VP und SP anscheinend als „Erfolgsmodell“ gesehen werden, zieren sich die beiden Parteien gewaltig bei der Finanzierung der bildungs- und forschungspolitisch bedeutenderen Universitäten. „Das Koalitionspapier liest sich, als würde die Regierung für die Finanzierung der Universitäten auf Aktionen und Gelder aus der Privatwirtschaft hoffen“, so Hille.

„Um wichtige Punkte, wie die Studiengebührendebatte, macht das Koalitionspapier einen weiten Bogen. Einer Finanzierung der Unis durch die Studierenden oder über Studierendenzahlen ist trotz der seit Jahren geübten und begründeten Kritik keine Absage erteilt worden“, sagt Hille. So bleibt die Antwort auf die Frage der Finanzierung der Unis ein weißer Fleck im Koalitionsabkommen.

Pressemitteilung
Wien, 24. November 2008



Zukünftig soll laut Koalitionspapier der Zugang zu allen Diplomstudien, allen Bachelorstudien und allen Lehramtsstudien in der einen oder anderen Form beschränkt werden müssen (!) und alle Master- und alle PhD-Studien sollen beschränkt werden können. Geradezu zynisch klingt es dann, wenn nur ein paar Zeilen weiter die „Mobilität und Durchlässigkeit“ im Hochschulwesen gefördert werden soll und die Erhöhung der AbsolventInnenzahlen und Erfolgsquoten geplant ist! „Mit diesen sich widersprechenden Ansagen blamiert sich die künftige Regierung schon vor der Angelobung“, so Hille.

Die HTU (Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der TU Wien) ist die gesetzliche Interessensvertretung der Studierenden an der TU Wien.

Rückfragenhinweis:
Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft der TU Wien (HTU)
Lukas Hille, Vorsitz
Tel.:0660/3491693
Email: vorsitzende@vorsitz.htu.tuwien.ac.at